



Medienkommentar

## Russland zu Kiews



# Massenvernichtungswaffen: Kiew will Donbass auslöschen

**Trotz der am 23. Dezember letzten Jahres im Minsker Abkommen (Minsk II) vereinbarten Waffenruhe sind seit etwa drei Wochen wieder Schusswechsel zwischen den Truppen der Kiewer Putschregierung und den Verteidigungseinheiten der Volksrepubliken im Donbass entflammt. Inzwischen wurden die Angriffe auf den Donbass sogar dramatisch forciert.**

Trotz der am 23. Dezember letzten Jahres im Minsker Abkommen (Minsk II) vereinbarten Waffenruhe sind seit etwa drei Wochen wieder Schusswechsel zwischen den Truppen der Kiewer Putschregierung und den Verteidigungseinheiten der Volksrepubliken im Donbass entflammt. Inzwischen wurden die Angriffe auf den Donbass sogar dramatisch forciert.

Bereits vor zwei Wochen verurteilte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, den Beschuss von Donezk durch ukrainische Militärs als einen „barbarischen Angriff“. Doch nun setze die Armee der ukrainischen Putschregierung sogar Massenvernichtungswaffen gegen die Zivilbevölkerung im Donbass ein, wie es ein Bericht des russischen Ermittlungsausschusses offenlegte. Demnach haben die Streitkräfte der Ukraine "Raketen eingesetzt im bewaffneten Konflikt gegen die Zivilbevölkerung im Südosten der Ukraine, die als Massenvernichtungswaffen kategorisiert werden", so wörtlich die amtliche Mitteilung des Untersuchungskomitees vom Montag, dem 13.2.2017. Das seien massive Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht.

Das Untersuchungskomitee der Russischen Föderation hält dabei fest, dass es sich bei den Waffen um Totschka-U-Sprengköpfe handelt. Diese produzieren bei der Zersplitterung bis zu 14.500 Fragmente. Die Streureichweite kann bis zu drei Hektar erreichen. Eine spezielle Version der Totschka-U kann sogar bis zu 15.800 Splitter-Fragmente hervorbringen, die potenziell auch schwere Schäden an leicht gepanzerten Fahrzeugen auf offener Fläche von 3,5 bis 7 Hektar verursachen. Solche Waffen werden nun auf die wehr- und schutzlose Zivilbevölkerung der Ostukraine abgefeuert.

Der unabhängige Kriegsreporter Sergey Belous, der sich seit 2014 im ostukrainischen Donbass aufhält, zeigt auf, dass "die ukrainische Armee Terrorismus als Kriegsform gegen die Zivilbevölkerung im Osten des Landes praktiziert". Belous stellt fest, dass Kiew bewusst die Eskalation herbeiführe. Im Vertrauen auf die bedingungslose Rückendeckung vonseiten der westlichen Regierungen und Medien würden sämtliche kriegsvölkerrechtlichen und zivilisatorischen Standards übergangen, wie es der russische Ermittlungsausschuss ausdrückte.

Kriegsreporter Sergey Belous dazu wörtlich: „Waffen wie die Totschka-U [...] sind gebaut worden, um hohe Schäden und massenhaft Opfer in weitflächigen Räumen zu verursachen. Sie zielen darauf ab, eine möglichst hohe Anzahl von Menschen im Zielgebiet zu verletzen. Internationale Vereinbarungen verbieten die Verwendung von Waffen, die Konfliktparteien und Zivilisten in Kriegsgebieten keine Chance lassen zu überleben. Der wahllose Gebrauch solcher Waffen bedeutet die bewusste Inkaufnahme der Schädigung von Zivilbevölkerung und ziviler Objekte.“ Die ukrainische Armee verstoße gegen die Minsker Friedensabkommen und die Genfer Konvention, die besagt, dass ziviles Leben auch in Kriegszeiten geschützt werden muss. Der russische Ermittlungsausschuss kam zu der Schlussfolgerung, der Missbrauch solcher Massenvernichtungswaffen beweise, dass die Behörden in Kiew das Ziel der totalen Vernichtung der Bevölkerung und Infrastruktur im Südosten des Landes verfolgen. Der Grund dafür sei gemäß dem unabhängigen Kriegsreporter Sergey Belous eindeutig. Wörtlich sagt er: „Über 50 Prozent der Menschen im Donbass haben sich aus Enttäuschung von Kiew inzwischen Russland zugewandt. Nicht wenige wünschen sich eine Angliederung an ihre historische Heimat.“

In diesem Zusammenhang erscheint es sehr erwähnenswert und äußerst bedenklich, dass am Samstag, dem 11.2.2017, weiteres US-Kriegsgerät die deutsche Hafenstadt Bremerhaven erreichte. Diesmal nicht hunderte von Panzern, sondern Kampfhubschrauber gegen die angebliche „russische Aggression“. Aufgrund der extremen Häufung von US- und NATO-Kriegsmaterial an der Grenze zu Russland stellt sich unweigerlich die Frage, ob nun nicht nur der prorussische Donbass, sondern sogleich auch die ganze russische Föderation ausgelöscht werden soll. Sehen Sie hierzu bitte auch unsere Sendung vom 7.2.2017 „Donbass: Potenzieller Zündfunke für den Krieg gegen Russland“.

von hm.

---

#### Quellen:

- <https://deutsch.rt.com/europa/46463-ukraine-setzt-massenvernichtungswaffen-gegen-zivilbevölkerung/>
- <https://deutsch.rt.com/kurzclips/46433-weiteres-us-kriegsgeraet-hubschrauber-bremerhaven/>

---

#### Das könnte Sie auch interessieren:

#Russland - [www.kla.tv/Russland](http://www.kla.tv/Russland)

#Ukraine - [www.kla.tv/Ukraine](http://www.kla.tv/Ukraine)

#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](http://www.kla.tv/Medienkommentare)

---

#### Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](http://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: [www.kla.tv/abo](http://www.kla.tv/abo)

---

### Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!**

**Klicken Sie hier: [www.kla.tv/vernetzung](http://www.kla.tv/vernetzung)**

---

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.